

LANDTAG / VU-Initiative angenommen

Frühe Bescherung der Rentner

Die Rentnerinnen und Rentner erhalten bereits in diesem Jahr eine volle 13. Monatsrente. Dies wurde vom Landtag gestern einstimmig beschlossen.

VON PATRIK SCHÄDLER

Die Weihnachtsgeschenke für die Enkelkinder könnten dieses Jahr ein wenig grösser ausfallen, da die Grosseltern ab diesem Jahr statt einer halben Monatsrente als Weihnachtsgeld eine volle Monatsrente erhalten. Eine entsprechende Gesetzesänderung hat der Landtag gestern einstimmig beschlossen.

Grund für die Erhöhung war eine Initiative der VU-Abgeordneten Peter Wolff, Peter Sprenger, Norbert Bürzle, Lorenz Heeb und Otto Büchel. «Durch diese Initiative sollen Rentner und Invalide ebenfalls in den Genuss des mittlerweile in unserer Arbeitswelt als Minimalstandard anerkannten 13. Monatslohnes kommen», so eine Begründung der Initianten.

Rentner haben Zustupf selbst finanziert

Vom vielzitierten «Giesskannenprinzip» könne bei dieser Massnahme nicht gesprochen werden, da die Rentnerinnen und Rentner diese Erhöhung durch ihre jahrelangen Beiträge selbst finanziert hätten, so die Initianten. Für den Staat bedeutet diese Erhöhung des Weihnachtsgeldes eine Mehrbelastung von etwa 1,5 Millionen Franken. Auch von der AHV-Anstalt kann die 13. Rente laut den Initianten

problemlos finanziert werden. «Hält man sich vor Augen, dass die AHV im Jahre 1997 mit Ausnahme von vier Millionen Franken ihre gesamten Leistungen im Umfang von fast 100 Millionen Franken aus den Nettoerträgen ihrer eigenen Vermögensanlagen finanzieren konnte, ist man geneigt, festzustellen, dass sich unsere AHV in

einer blendenden, um nicht zu sagen in einer Superverfassung befindet», unterstützte Mitinitiant Peter Sprenger in der ersten Lesung diese Aussage.

Ab 1. Dezember 1998 in Kraft

Damit die Rentnerinnen und Rentner bereits in diesem Jahr in den Genuss des vollen Weihnachtsgeldes kommen, beantragte Landtagspräsident Peter Wolff, dass diese Gesetzesänderung bereits am 1. Dezember dieses Jahres in Kraft tritt. Der Landtag stimmte diesem Vorschlag und der gesamten Initiative einhellig zu.